N D E S R A T
des
ARGEBIETES.

IV. Wahlperiode/ 11.Sitzung.
1. Sitzungsperiode 1933.

Stenographischer Bericht

über die am Montag, den 27.Februar 1933 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

---

orsitzender Scheuer: Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (10 Uhr 5 Minuten).

Die Regierungskommission ist vertreten durch die Herren:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Regierungsrat Stoebner, als Vertreter des Regierungskommissars für wirtschaftliche Angelegenheiten;

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Becker (Z)-Saarbrücken; Angel (Z)-St. Wendel; Sommer (KP)-Heiligenwald; Hey (KP)-Dudweiler; Petri (SP)-Neunkirchen; Brück (NSDAP)-Saarbrücken; Baltes (NSDAP)- Merchweiler; Dr.Dr. Röchling (DSV)-Völklingen; Lorenz (KP)-Sulzbach.

Die

Tagesordnung

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Zugabewesen, unlauteren Wettbewerb und Einheitspreisgeschäfte;

2) das Statut der im Saargebiet angestellten Richter, Staatsanwälte, Notare und Gerichtsassessoren.

Vorsitzender Scheuer:

Meine Dame und meine Herren!
Seit wir zum letzten Male hier versammelt waren, hat ein furchtbares Unglück über die Stadt Neunkirchen tiefes Leid und große Not gebracht. Nahezu 70 Menschen wurden vom Leben zum Tode befördert, der Mann am Platze seiner Arbeit, die Frau bei ihrer Beschäftigung im Haushalt, das Kind beim unschuldigen Spiel. Hunderte von Namen weist die Liste der Verletzten auf, für hunderte von Obdachlosen muß gesorgt werden. Das Mitgefühl und die Hilfe anläßlich dieses furchtbaren Unglücks griff weit über die Grenzen

des

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

des Saargebietes hinaus.

Beim Landesrat sind Beileidstelegramme eingegangen vom bayerischen Landtag und vom Parlament der freien Stadt Danzig. Ich darf mich für ermächtigt halten, diesen Parlamenten den Dank des Landesrates zum Ausdruck zu bringen. Sofort nach dem Unglück habe ich im Namen des Landesrates sowohl den Betroffenen sowie der Direktion des Neunkircher Eisenwerk A.-G. und auch der Belegschaft herzliches Beileid zum Ausdruck gebracht und ferner betont, daß der Landesrat das alles tun wird, was in seinen Kräften steht, um zu helfen, die Schäden, soweit das in menschlicher Macht liegt, wieder gutzumachen.

Der Ältestenrat des Landesrates ist sich einig geworden, daß eine Aussprache nach dieser Richtung in der nächsten Sitzung stattfinden soll. Für heute möchte ich nochmals der Trauer des Hauses über das Unglück und dem ehrenden Gedenken an die Toten Ausdruck geben. Sie haben sich zu diesem Zweck, wie ich feststelle, von den Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Dame und meine Herren!

Zu Punkt 1 der Tagesordnung haben die beteiligten Wirtschaftskreise gewünscht, daß eine Änderung der Verordnung betr. Zugabewesen usw. vorgenommen wird. Daher wurde es notwendig, die Vollversammlung einzuberufen.

Zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung bestehen keine Bedenken.

Eine weitere dritte Vorlage betreffend Schwurgerichte ist angekündigt. Es ist gewünscht worden, diese beiden Vorlagen heute in die Kommission zu verweisen. Im Ältestenrat ist man darüber einig geworden, daß das Unglück von Neunkirchen in der nächsten Sitzung besprochen wird und es dürfte kein Anlaß bestehen über eine Redezeit von 15 Minuten je Redner hinauszugehen.

-

Abg. Levacher (Z): Wir sind mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Detjen(KP): Unserer Fraktion war nicht bekannt, daß eine Ältestenratssitzung stattgefunden hat. Wir können uns dem infolgedessen nicht anschließen und beantragen, daß in der heutigen Sitzung zu dem Explosionsunglück gesprochen werden soll.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Es wird der Nachweis geführt, daß Herr Lorenz eingeladen war. Es ist aber eine Unmöglichkeit, daß wir heute in die Erörterung eintreten können. Ich möchte bitten, nicht weiter zu sprechen. Ich habe Ihren Antrag erst am Samstag bekommen und es war mir unmöglich, diesen dem Hause zugängig zu machen. Ich werde jetzt Ihren Antrag vervielfältigen lassen und allen Fraktionen zustellen, sodaß jede Fraktion in der Lage ist, bis zur nächsten Sitzung Stellung dazu zu nehmen.

Abg. Detjen(KP): Wir bleiben trotzdem heute darauf bestehen, daß die Angelegenheit heute zur Sprache gebracht wird.

Vorsitzender: Wir sind darüber einig, daß über alle diese Dinge zuerst im Ältestenrat gesprochen wird.

Abg. Lieser(SP): Wir stimmen der Vorlage zu.

Abg. Schmelzer(DSV): Wir stimmen ebenfalls zu.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Braun !

Abg. Braun (SP): Meine Dame und meine Herren! Ich muß zu dem Vorfall Stellung nehmen, der

das Verbot der „Volksstimme" im Deutschen Reich

betrifft. Es ist das erste Mal in den letzten vierzehn Jahren und seit der Abtrennung der Saar von Deutschland, daß ein deutscher Reichsminister eine saardeutsche Zeitung ihm nicht genehmer Parteirichtung zur Verbreitung im Reiche verbietet! Wollte der Herr Nazi-Minister uns etwa beweisen, wie unerwünscht ihm die Freiheitsliebe und die freimütige Sprache der deutschen Saarländer im vernaziten Vaterland sind ? Oder wollte er etwa den Unterschied zwischen der relativen Pressefreiheit an der Saar gegenüber der absoluten Presseknebelung im Reich vordemonstrieren ? Oder hatte er gar die Absicht, für uns den Nachweis zu erbringen, daß saardeutsche Blätter zwar im ganzen Ausland, nicht aber im eigenen Vaterland gelesen werden dürfen ?

Das alles haben wir doch sowieso schon gewußt -, wenn wir ja auch anerkennen wollen, daß die schweißtriefenden Verbotsbemühungen des Herrn Naziministers das nun auch dem letzten deutschen Freiheitliebenden an der Saar ganz unmißverständlich deutlich gemacht haben.

Doch wichtiger ist die nationalpolitische Seite dieser Angelegenheit nach einer anderen Richtung hin: Dieses Verbot des Nazi-Frick ist die unerhörteste Diffamierung unseres saardeutschen Freiheitskampfes. Es geht zunächst direkt gegen die Grundlagen unseres Selbstbehauptungskampfes, nämlich gegen die freiheitliche Selbstbestimmung, gegen die unantastbare Rechtsbasis und gegen die öffentliche Meinungsfreiheit im Abstimmungskampf der Saar. Wer so, wie es die Herren Frick und Genossen tun, die innenpolitische Freiheit bekämpft, verliert die äußere und begibt sich des stärksten Rechtsargumentes für die abgetrennten Gebiete, und wer der Presse im Abstimmungsgebiet den innenpolitischen Mund verbindet, der tut es damit zugleich für ihre freie Meinungsäußerung in sonstigen nationalen und in außenpolitischen Dingen.

Das Verbot des Herrn Nazi-Frick ist aber auch die schärfste Brüskierung der Opfer unseres Freiheitskampfes. Daß Herr Frick gegenüber der saardeutschen Presse sich jetzt in die Fußtapfen der französischen Militaristen und Annektionisten begibt, ist Geschmackssache. Daß er aber eine Zeitung, die für ihren nationalpolitischen Selbstbehauptungskampf Dutzende Verbote, eine Reihe von Ausweisungen, von Gefängnis-und Geldstrafen, von Schikanen und materiellen Opfern aller Art getragen hat, so behandelt, als sei sie das deutschenfresserische Presseerzeugnis eines deutschfeindlichen Auslandes, trifft uns weniger, als daß es zeigt, was heute in Deutschland verantwortlicher Reichsminister nach dem Parteibuch des Hakenkreuzes zu werden vermag. Es fällt schwer, darüber keine Satire zu schreiben.

Das verbotene Blatt ist das Organ der Eisernen Front für das Saargebiet -: Ob sich der Herr Nazi-Minister wohl auch nur einen Augenblick lang überlegt hat, welche Wirkung ein solches Verbot auf eine der Kerntruppen des Deutschbehauptungskampfes dieses abgetrennten Gebietes haben muß ? Aber solche Erwägungen bei den Nazioten überhaupt schon vorauszusetzen, heißt wohl, sie nach jeder Richtung hin maßlos überschätzen. Es ist nur gut, daß die

Leute

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

Leute, die der rheinischen Sozialdemokratie die Quittung für die vorzeitige Befreiung in der Gestalt der Presse-, Versammlungs-, Demonstrations-und Redeverbote seit Wochen und Monaten täglich ausstellen, der saardeutschen Eisernen Front bereits vor ihrer Rückgliederung zeigen, wie der Dank des Vaterlandes, falls es naziverseucht bleibt, aussehen wird. Es gibt dann wenigstens und hoffentlich keine Illusionen mehr an der Saar!

Aber falls die kurzsichtigen Naziregenten in Deutschland bei einem derartigen Verbot überhaupt noch an etwas mehr gedacht haben sollten, als an die ungemein kindische und zugleich gefährliche Nur-Demonstration ihrer Gewalt, die im Gegenteil nur geeignet ist, ihre innere Schwäche und Hohlheit zu zeigen, - haben sich die Herren denn schon einmal klargemacht, daß die unbestreitbaren nationalen Anziehungskräfte einer einigen, demokratischen, sozialen, republikanischen deutschen Nation durch die mehr als zweifelhaften "Vorzüge" eines sogenannten Dritten Reiches nicht nur nicht ersetzt, sondern durch sie das Reichsgefühl im ganzen deutschen Westen und deutschen Süden stärkstens geschwächt wird? Besitzen die Herren überhaupt eine Ahnung davon, daß selbst der Völkerbundsabsolutismus an der Saar gegenüber ihrer naziotischen Rechtsdiktatur im Reiche gewaltig im Vorteil ist ?

Aber nein, - wenn die ostelbischen blauen und braunen Herrschaften davon auch nur einen Schimmer hätten, müßte man sie als die größten Landesverräter bezeichnen, wenn sie in solcher Politik des Verbrechens und der Katastrophe fortführen. So etwas, wie dieses Presseverbot für die Saar, kann sich nur ein Nazi-Minister leisten, dessen Hochverrat gerichtsnotorisch ist, dessen Heimkriegerschaft ihn verdammt nicht qualifizierter macht, gegen die deutschen Gebietsteile und ihre Presse vorzugehen, die die unmittelbaren Opfer dieses Krieges geworden sind, und dessen Putschbeteiligung im Augenblick der stärksten Gefährdung des Befreiungskampfes an Rhein und Saar im November 1923 ihn bereits zum indirekten Helfershelfer des fremdländischen Militarismus und Annektionismus gemacht hat,- so wie er es jetzt zum zweiten Male geworden ist.

Außenpolitisch ist dieses Verbot ein Stück glatten Landesverrats: Daß ein deutscher Nazi-Reichsminister in einer amtlichen Urkunde das deutsche Saargebiet als Ausland und seine deutsche Presse als Auslandspresse behandelt, ist ein unerhörter Skandal. Die deutsche Sprache hat kein Wort, das uns nach Inhalt und Umfang vollgültig genug erschiene, um unserer ganzen Verachtung Ausdruck zu verleihen, die wir gegenüber einem Naziminister an den Tag legen müssen, der es wagt, das deutsche Saargebiet als Ausland zu bezeichnen und zu behandeln!

Welche Folgen das in der weiteren juristischen und völkerrechtlichen Behandlung der Saarfrage haben kann, das sei nur kurz angedeutet. Ebenso steht es mit den Argumenten und der Hilfsstellung, die diese Maßnahme des Nazi-Frick für Abschnürungs-und andere Tendenzen der Gegenseite bieten. Dummdreister und tollpatschiger ist niemals im Porzellanladen der deutschen Außenpolitik herumgetrampelt worden, als von diesen braunen Mauleseln der Hitler-Barone. Die Naziminister dieser Regierung der sogenannten "nationalen Konzentration"scheinen geradezu Rekorde in der Diskreditierung Deutschlands im Auslande aufstellen zu wollen; siehe Herrn Nazi-Görings Benehmen gegen die schwedische Presse! Ganz zu schweigen in diesem Zusammenhange von dem Schlag, den ein solches Presseverbot indirekt gegen die gesamte Politik deutscher Abstimmungs-, Grenz-und Minderheitengebiete bedeutet.

L.H. Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Die augenblickliche Nazi-Regierung darf sich nicht wundern, wenn wir ihre bisherigen "Fürsorgemaßnahmen" für die Saar mit außerordentlicher Skepsis betrachten und ihr gegenüber nach dem Spruche handeln: Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott. Zunächst sandte sie uns als ihren Vertreter einen Mann, der während seiner Abgeordnetenzeit in den Reihen des schwarz-roten "Marxismus" wegen seiner Besitzungen an der Saar nicht den Mut fand, auf der Parlamentstribüne des Landtages eine Saar-Interpellation zu vertreten. Als zweites schickte sie uns dann das in Rede stehende Presseverbot,- und präsentierte sich uns im übrigen nur in der Zusammenkunft des Herrn Reichskanzlers Hitler von der Nationalsozialistischen "Arbeiter"-Partei mit dem Geheimen Bergrat Hilger, dem Mitbegründer des Stumm-Hilger-Systems an der Saar. Ganz gewiß ist in dieser Zusammenkunft Hitlers mit den mächtigsten Ruhrmagnaten bestimmt nur darüber verhandelt worden, wie man den entschiedensten Kampf gegen eine Privatisierung und Internationalisierung der Saargruben führen könne - oder meinen Sie etwa nicht ? Selbstverständlich haben doch die Herren dabei nicht an ihren Vorteil, sondern nur an die Wahrung der Rechte der Saararbeiterschaft gedacht ?

Eine Feststellung noch: Es gebührt Dank jener nichtsozialdemokratischen Presse an der Saar und ihren Journalisten, die aus Anlaß dieses Presseverbotes mit derselben Deutlichkeit sich für die ungehinderte Pressefreiheit und gegen die national-und außenpolitisch bedenklichen Maßnahmen des Nazi-Frick ausgesprochen haben, wie sie das für die öffentliche Meinungsfreiheit auch allen übrigen Leuten gegenüber tun. Dazu gehört Mut, und der wird heute in Deutschland mit Verboten und Totschlag bestraft!

Die deutsche Nationalhymne singt von "Einigkeit und Recht und Freiheit" : Die Einheit des deutschen Reiches war nie so gefährdet als in diesen Tagen, da man den deutschen Westen und Süden und das ganze Ausland vor den Kopf stößt und vor den Leib boxt! Das Recht ist vor die Hunde gegangen, ein Verfassungs-und Rechtsstaat ist Deutschland bereits nicht mehr! Und die Freiheit ? -: Nun, die Freiheit besteht nur noch in der Freiheit zum Selbstmord! Gegen diese Entwicklung führen wir den entschlossensten Kampf mit allen unseren deutschen Volksgenossen, Kampf auch mit allen Mitteln, die uns die besondere Situation der Saar bietet, und unser Kampf hat die Kanonen und Bajonette Poincarés überwunden, er wird auch die Fackelzüge, die Rundfunkkanonaden, die hündische Knecht-und Untertanenseligkeit wie den blutigen Terror des Untermenschentums der SS. und der SA. überwinden zu jener Perspektive der Nationalhymne.

Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Glückes Unterpfand,
Blüh im Glanze dieses Glückes,
Blühe,deutsches Vaterland!

(Bravo -Rufe !)

Vorsitzender: Damit schließe ich die Sitzung (10 Uhr 30 Minuten).

Abg. Detjen(KP) : Das ist doch ein starkes Stück, ich habe mich zum Wort gemeldet.

Vorsitzender: Das ist kein starkes Stück,Herr Abgeordneter Detjen, die Sitzung war geschlossen.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4